

Bekanntmachungen der Departemente und Ämter

**Eidgenössische Volksinitiative
"für einen vollen Teuerungsausgleich bei laufenden Renten der
beruflichen Vorsorge"**

Vorprüfung

Die Schweizerische Bundeskanzlei,

nach Prüfung der am 2. März 1990 eingereichten
Unterschriftenliste zu einer eidgenössischen Volksinitiative
"für einen vollen Teuerungsausgleich bei laufenden Renten der
beruflichen Vorsorge",
gestützt auf die Artikel 68 und 69 des Bundesgesetzes vom 17.
Dezember 1976 1) über die politischen Rechte,

verfügt:

1. Die am 2. März 1990 eingereichte Unterschriftenliste zu
einer eidgenössischen Volksinitiative "für einen vollen
Teuerungsausgleich bei laufenden Renten der beruflichen
Vorsorge" entspricht den gesetzlichen Formen: Sie enthält
eine Rubrik für Kanton und politische Gemeinde, in der die
Unterzeichner stimmberechtigt sind, sowie für das Datum der
Veröffentlichung des Initiativtexts im Bundesblatt, ferner
Titel und Wortlaut der Initiative, eine vorbehaltlose
Rückzugsklausel, den Hinweis, dass sich strafbar macht, wer
das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine
Volksinitiative fälscht, sowie Namen und Adressen von
mindestens sieben Urhebern der Initiative. Die Gültigkeit der
Initiative wird erst nach ihrem Zustandekommen durch die
Bundesversammlung geprüft.
2. Folgende Urheber sind ermächtigt, die Volksinitiative
vorbehaltlos mit einfacher Mehrheit zurückzuziehen:
 1. Dr. Emmanuel Streckeisen, Speiserstrasse 104, 4052 Basel
 2. Peter Kläsi, Hügelstrasse 8, 8002 Zürich
 3. Joseph Rey, Vignettaz 10, 1700 Fribourg
 4. Romain Bersier, route de Villars 15, 1700 Fribourg
 5. Edgar Bolliger, Kirchstrasse 1, 8556 Wigoltingen
 6. Umberto Stücklin, Gellertstrasse 52, 4052 Basel
 7. Dr. Martin Wechsler, Nenzlingerweg 18, 4249 Blauen.

1) SR 161.1

3. Der Titel der eidgenössischen Volksinitiative "für einen vollen Teuerungsausgleich bei laufenden Renten der beruflichen Vorsorge" entspricht den gesetzlichen Erfordernissen von Artikel 69 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte.
4. Mitteilung an das Initiativkomitee: Schweizerischer Rentner-Verband, Zentralsekretariat: Herr Ernst Höhn, Postfach 47, 4310 Rheinfelden 2, und Veröffentlichung im Bundesblatt vom 27. März 1990.

13. März 1990

Schweizerische Bundeskanzlei

Der Bundeskanzler: Buser

Eidgenössische Volksinitiative

"für einen vollen Teuerungsausgleich bei laufenden Renten der beruflichen Vorsorge"

Die Volksinitiative hat die Form einer allgemeinen Anregung und lautet:

I

Alle Einrichtungen der beruflichen Vorsorge, welche Rentenzahlungen erbringen, haben den Rentnern einen Teuerungsausgleich zu gewähren.

II

Dabei sind folgende Richtlinien zu beachten:

- a. Altersrenten der beruflichen Vorsorge sind jährlich der Preisentwicklung anzupassen. Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten der beruflichen Vorsorge sind gleichfalls der Preisentwicklung anzupassen.
- b. Sämtliche laufenden Renten der beruflichen Vorsorge sind der Preisentwicklung anzupassen (Renten aus der obligatorischen, vor- und überobligatorischen Vorsorge).
- c. Mit dem Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen gilt der Grundsatz des Teuerungsausgleiches für alle bestehenden und später entstehenden Renten der beruflichen Vorsorge. Der Gesetzgeber kann eine kurze Uebergangszeit festlegen.

Bundesbeschluss vom 6. Oktober 1989 über Anlagevorschriften für Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und für Versicherungseinrichtungen sowie Verordnung vom 18. Oktober 1989 über die Bewertung der Grundstücke dieser Einrichtungen

*Aufruf
an die keiner Aufsicht
unterstellten Einrichtungen
der beruflichen Vorsorge*

Meldung an das BSV

Einrichtungen nach Artikel 1 Absatz 2 des Bundesbeschlusses vom 6. Oktober 1989 über Anlagevorschriften (BBAV; AS 1989 1981), die keiner Aufsichtsbehörde unterstehen, sind gemäss Artikel 7 Absatz 1 BBAV seit dem 7. Oktober 1989 von Gesetzes wegen der Aufsicht des Bundesamtes für Sozialversicherung unterstellt. Darunter fallen Einrichtungen der beruflichen Vorsorge in der Rechtsform der Genossenschaft oder öffentlichrechtliche Einrichtungen, die nicht im Register für berufliche Vorsorge eingetragen sind (vgl. Wegleitung des BSV, Nov. 1989; BSV-WL Rz 39-44).

Diese Einrichtungen haben gemäss Artikel 7 BBAV dem Bundesamt für Sozialversicherung innerhalb von sechs Monaten seit Inkrafttreten des BBAV (7. Okt. 1989), also bis zum 7. April 1990 eine von ihm anerkannte Kontrollstelle zu bezeichnen (vgl. BSV-WL Rz 41).

Das Bundesamt für Sozialversicherung ersucht diese Einrichtungen, ihm bis zum 7. April 1990 Name bzw. Firma und Adresse der beauftragten Kontrollstelle zu melden. Es ist dringend geboten, diese Frist einzuhalten, damit die betreffenden Kontrollstellen über ihre Aufgabe noch rechtzeitig und hinreichend informiert werden können.

27. März 1990

Bundesamt für Sozialversicherung

Tarifgenehmigung in der Privatversicherung

(Art. 46 Abs. 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes vom 23. Juni 1978 [SR 961.01])

Das Bundesamt für Privatversicherungswesen hat die nachstehende Tarifgenehmigung, welche laufende Versicherungsverträge berührt, ausgesprochen:

Verfügung vom 8. März 1990

Tarifvorlage der Schweizerischen National-Versicherungs-Gesellschaft, Basel, in der Teilkaskoversicherung für Motorräder.

Rechtsmittelbelehrung

Diese Mitteilung gilt für die Versicherten als Eröffnung der Verfügung. Versicherte, die nach Artikel 48 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (SR 172.021) zur Beschwerde berechtigt sind, können Tarifgenehmigungen durch Beschwerde an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, 3003 Bern, anfechten. Die Beschwerdeschrift ist im Doppel innert 30 Tagen seit dieser Veröffentlichung einzureichen und hat die Begehren und deren Begründung zu enthalten. Während dieser Zeit kann die Tarifverfügung auf dem Bundesamt für Privatversicherungswesen, Güterstrasse 5, 3072 Ostermundigen, eingesehen werden.

27. März 1990

Bundesamt für Privatversicherungswesen

Notifikation

(Art. 92 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht [SR 313.0] und Art. 102 des Zollgesetzes [SR 631.0]).

Dem unbekanntem Eigentümer der 52 Flaschen Spirituosen (jugoslawischer Herkunft), welche am 24. September 1989 von Zollbeamten im Zug D 416 (Beograd-Express) beim Zollamt Buchs gefunden wurden, wird hiermit eröffnet:

Die Spirituosen wurden gestützt auf die Artikel 120 und 121 des Zollgesetzes als Zollpfand beschlagnahmt. Der Verfügungsberechtigte kann innert 30 Tagen vom Datum dieser Notifikation an bei der Zollkreisdirektion Chur, 7001 Chur, gegen die Beschlagnahme Beschwerde erheben. Wird keine Beschwerde erhoben und meldet sich der Verfügungsberechtigte nicht innert der erwähnten Frist bei der genannten Zollkreisdirektion, werden die Spirituosen der Eidgenössischen Alkoholverwaltung, 3000 Bern 9, zur Verfügung gestellt.

27. März 1990

Eidgenössische Oberzolldirektion

Gesuche um Erteilung von Arbeitszeitbewilligungen

Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit (Art. 10 ArG)

- Kesmalon AG, 8856 Tuggen
Zwirnerei und Spulerei
bis 8 F
23. April 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Aktiengesellschaft Hunziker & Cie., 5200 Brugg
Betonwarenabteilung
3 M
19. März 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Etampa AG, 2540 Grenchen
Nachbearbeitung
3 M, 5 F
7. Mai 1990 bis 8. Mai 1993 (Erneuerung)
- Emil Roth & Co AG, Industrie Buchmatt, 3401 Burgdorf
Herstellung von Brettschichtholzkonstruktionen
bis 10 M, 2 F
19. März 1990 bis 23. März 1991
- Huber & Co AG, Bandfabrik, 5727 Oberkulm
Weberei
1 M, 4 F
12. März 1990 bis 13. März 1993 (Erneuerung)
- Elektro-Apparatebau Olten AG, 4600 Olten
Tastenproduktion/Trafoproduktion
8 M, 4 F
14. Mai 1990 bis 15. Mai 1993 (Erneuerung)
- SEG-Bern, Verwertungsgenossenschaft für Eier und Geflügel,
3001 Bern
Eierfärberei, Weyermannstrasse 18
4 M, 4 F
12. März 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)

Zweischichtige Tagesarbeit (Art. 23 ArG)

- Kesmalon AG, 8856 Tuggen
Zwirnerei und Spulerei
6 M, 26 F, 6 J
23. April 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Aktiengesellschaft Hunziker & Cie., 5200 Brugg
Rocrohrfabrik
14 M
19. März 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Aktiengesellschaft Hunziker & Cie., 5200 Brugg
Kalksandsteinfabrik
12 M, 2 F
9. Juli 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)

- Bühler AG, 8580 Amriswil
Malerei
9 M
1. März 1990 bis 5. Januar 1991 (Erneuerung)
- Bertrams AG, 4132 Muttenz
verschiedene Betriebsteile
24 M
21. Mai 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- J. Dürsteler & Co AG, 8620 Wetzikon
Strumpffabrikation
20 M, 26 F
21. Mai 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik,
8401 Winterthur
verschiedene Betriebsteile
bis 100 M
21. Mai 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- J. Langenbach Aktiengesellschaft, 5600 Lenzburg
Kartonage, Offset
30 M, 16 F
14. Mai 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Konrad Kyburz AG, 8157 Dielsdorf
Rotationsdruckerei
8 M
25. Juni 1990 bis 26. Juni 1993 (Erneuerung)
- Möbelstoffweberei Langenthal AG, 4900 Langenthal
verschiedene Betriebsteile
bis 32 M, bis 16 F
5. März 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- GIS AG, Maschinenfabrik, 6247 Schötz
mechanische Fertigung
10 M
4. Juni 1990 bis 8. Juni 1991
- Verzinkerei Kriessern AG, 9451 Kriessern
Verzinkerei/Galvanik
4 M
5. März 1990 bis 6. März 1993
- Herberlein Maschinenfabrik AG, 9630 Wattwil
Fabrikation
8 M
2. April 1990 bis 3. April 1993 (Erneuerung)
- Gebr. Solenthaler AG, 9038 Rehetobel
Bandweberei
13 M, 3 F
16. April 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Synton AG, 3250 Lyss
Nadeln und technische Steine
12 M, 12 F
14. Mai 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)

- Watch Tower Bible & Tract Society of Pennsylvania, New York
Zweigniederlassung Thun, 3601 Thun
Setzerei und Druckerei
10 M
14. Mai 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)

Nachtarbeit oder dreischichtige Arbeit (Art. 17 oder 24 ArG)

- Produktion AG Meilen, 8706 Meilen
Bäckerei
2 J
7. Mai 1990 bis 8. Mai 1993 (Erneuerung)
- Bäckerei-Konditorei Hug AG, 6014 Littau
Teigerei und Bäckerei
9 M, bis 3 J
4. Juni 1990 bis 5. Juni 1993 (Erneuerung)
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- Multiforsa AG, 6312 Steinhausen
Oelpress- und Extruderanlagen
6 M
1. Februar 1990 bis auf weiteres (Aenderung)
- Sika AG vorm. Kaspar Winkler & Co., 4132 Muttenz
Profilierabteilung
bis 6 M
8. April 1990 bis 10. April 1993 (Erneuerung)
- Simplex AG Bern, 3052 Zollikofen
Endlosformulardruckerei in Münchenbuchsee
bis 30 M
4. März 1990 bis 6. März 1993 (Erneuerung)
- Sager AG, 5724 Dürrenäsch AG
Fabrikation von Kunststoffprofilen
1 M
11. Dezember 1989 bis 12. Dezember 1992 (Erneuerung)
- Aktiengesellschaft Hunziker & Cie., 5200 Brugg
Kesselhaus
2 M
19. März 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)

Ununterbrochener Betrieb (Art. 25 ArG)

- Kesmalon AG, 8856 Tuggen
Texturierabteilung
8 M
22. April 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)

(M = Männer, F = Frauen, J = Jugendliche)

Rechtsmittel

Wer durch die Erteilung einer Arbeitszeitbewilligung in seinen Rechten oder Pflichten berührt ist und wer berechtigt ist, dagegen Beschwerde zu führen, kann innert zehn Tagen seit Publikation des Gesuches beim Bundesamt für Industrie,

Gewerbe und Arbeit, Abteilung Arbeitnehmerschutz und Arbeitsrecht, Gurtengasse 3, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (Tel. 031 61 29 45/28 58) Einsicht in die Gesuchsunterlagen nehmen.

Erteilte Arbeitszeitbewilligungen

Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit

Begründung: Erledigung dringender Aufträge, wirtschaftliche Betriebsweise (Art. 10 Abs. 2 ArG)

- Lufdisca AG Luzern, 6002 Luzern
Sirupherstellung, CIP-Reinigung
2 M
7. Mai 1990 bis 8. Mai 1993 (Erneuerung)
- Amar Herbert Müller AG, 5734 Reinach
Metallveredlung
bis 8 M
2. April 1990 bis 3. April 1993 (Erneuerung)
- Sinar AG Schaffhausen, 8245 Feuerthalen
Bearbeitungszentren
bis 4 M
29. Januar 1990 bis 2. Februar 1991
- Vereinigte Drahtwerke AG, Neumarktstrasse 33, 2501 Biel
verschiedene Betriebsteile
13 F
29. Januar 1990 bis 2. Februar 1991
- Ulrich Oppliger AG, 3400 Burgdorf
Stanzerei in Lyssach
bis 2 M
1. April 1990 bis 3. April 1993 (Erneuerung)
- Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern
und benachbarter Kantone, 3232 Ins
Aufbereitung und Abpacken von Obst und Gemüse
bis 8 M, bis 8 F
2. April 1990 bis 3. April 1993 (Erneuerung)

Zweischichtige Tagesarbeit

Begründung: Erledigung dringender Aufträge, wirtschaftliche Betriebsweise (Art. 23 Abs. 1 ArG)

- Cerberus AG, 8603 Schwerzenbach
Ueberspannungsableiter-Fertigung und Quellenfertigung
28 M, 24 F
22. Januar 1990 bis 13. Oktober 1990 (Aenderung)

- Limmatdruck AG, 8957 Spreitenbach
Bogenoffset und Rollenoffset
32 M
29. Januar 1990 bis auf weiteres (Aenderung)
- Leisi AG, Nahrungsmittelfabrik, 4612 Wangen bei Olten
Teigfabrikation
70 M, 50 F
22. Januar 1990 bis 9. Januar 1993 (Aenderung)
- Flanschenfabrik Angenstein GmbH, 4147 Aesch
Flanschenfabrikation
16 M
11. Juni 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Gimelli Produktions AG, 3052 Zollikofen
Thermoplast- Spritzguss- abteilung
8 M, 4 F
1. Januar 1990 bis auf weiteres (Aenderung)
- Lonstroff-BTR AG, 5001 Aarau
Fabrikation von technischen Gummiwaren
40 M, 40 F, 2 J
15. Januar 1990 bis auf weiteres (Aenderung)
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- Neopac AG, 3515 Oberdiessbach
Kunststoff- und Blechabteilungen
60 M, 60 F, 4 J
19. März 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- Mawag Maschinenbau AG, 9303 Wittenbach
Fabrikation
12 M
5. März 1990 bis 6. Oktober 1990

Nachtarbeit oder dreischichtige Arbeit.

Begründung: technisch oder wirtschaftlich unentbehrliche Betriebsweise (Art. 17 Abs. 2 und Art. 24 Abs. 2 ArG)

- Coop-Mühle Zürich, 8031 Zürich
Getreidemühle
6 M
5. Februar 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Werdmühle Altstetten AG, 8048 Zürich
Mühle
bis 6 M
19. März 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Ulrich Oppliger AG, 3400 Burgdorf
Stanzerei in Lyssach
bis 4 M
1. April 1990 bis 3. April 1993 (Erneuerung)

- COOP Berner Oberland und Umgebung, 3602 Thun
Fleischverarbeitung
bis 13 M
4. Juni 1990 bis 8. Juni 1991
- Gimelli Produktions AG, 3052 Zollikofen
Thermoplast- Spritzguss- abteilung
3 M
1. Januar 1990 bis 2. Januar 1993 (Aenderung)
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- Lonza AG, 4133 Schweizerhalle
Düngerfabrikation
6 M
8. Januar 1990 bis 9. Januar 1993 (Erneuerung)
- Franke AG, 4663 Aarburg
Kunststoffspülen-Fabrikation
bis 30 M
4. Februar 1990 bis 6. Februar 1993 (Erneuerung)
- Lonstroff-BTR AG, 5001 Aarau
verschiedene Betriebsteile
bis 21 M
15. Januar 1990 bis auf weiteres (Aenderung)
- Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern
und benachbarter Kantone, 3232 Ins.
verschiedene Betriebsteile
3 M
1. April 1990 bis 3. April 1993 (Erneuerung)
- Neopac AG, 3515 Oberdiessbach
Kunststoffabteilung
bis 20 M
19. März 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Cenovis-Vitamin-Hefe AG, 4310 Rheinfelden
Herstellung von Hefeextrakten, Nähr- und Futterhefe
bis 10 M
22. April 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)

Sonntagsarbeit

Begründung: technisch oder wirtschaftlich unentbehrliche Betriebsweise (Art. 19 Abs. 2 ArG)

- Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern
und benachbarter Kantone, 3052 Zollikofen
Produktion küchenfertiger Frischprodukte
bis 4 M, bis 8 F
4. März 1990 bis 3. April 1993 (Erneuerung)
- Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern
und benachbarter Kantone, 3052 Zollikofen
Kartoffelzentrum
bis 12 M, bis 4 F
1. April 1990 bis 3. April 1993 (Erneuerung)

- Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone, 3232 Ins
verschiedene Betriebsteile
bis 28 M, bis 28 F
1. April 1990 bis 3. April 1993 (Erneuerung)
- Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone, 3232 Ins
Getreideannahme und Getreidetrocknung
bis 2 M
1. April 1990 bis 3. April 1993 (Erneuerung)

(M = Männer, F = Frauen, J = Jugendliche)

Rechtsmittel

Gegen diese Verfügungen kann nach Massgabe von Artikel 55 Absatz 2 ArG und Artikel 44 ff. VwVG innert 30 Tagen seit der Publikation beim Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Eingabe ist im Doppel einzureichen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift des Beschwerdeführers oder seines Vertreters zu enthalten.

Wer zur Beschwerde berechtigt ist, kann innerhalb der Beschwerdefrist beim Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Abteilung Arbeitnehmerschutz und Arbeitsrecht, Gurten-gasse 3, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (Tel. 031 61 29 45/28 58) Einsicht in die Bewilligungen und deren Begründung nehmen.

27. März 1990

Bundesamt für Industrie,
Gewerbe und Arbeit

Abteilung Arbeitnehmerschutz
und Arbeitsrecht

Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung

Der Schweizerische Verband der Sozialversicherungsangestellten hat, gestützt auf Artikel 51 des Bundesgesetzes vom 19. April 1978 über die Berufsbildung (SR 412.10) und Artikel 45 Absatz 2 der zugehörigen Verordnung vom 7. November 1979 (SR 412.101), den Entwurf zu einem Reglement über die höhere Fachprüfung für das eidgenössische Sozialversicherungsdiplom eingereicht.

Die Treuhand-Kammer, Schweizerische Kammer der Bücher-, Steuer- und Treuhandexperten hat, gestützt auf Artikel 51 des Bundesgesetzes vom 19. April 1978 über die Berufsbildung (SR 412.10) und Artikel 45 Absatz 2 der zugehörigen Verordnung vom 7. November 1979 (SR 412.101), den Entwurf zu einem Reglement über die höhere Fachprüfung für Bücherexperten eingereicht. Das vorgesehene Reglement soll das bisherige vom 9. April 1981 ablösen.

Die Treuhand-Kammer, Schweizerische Kammer der Bücher-, Steuer- und Treuhandexperten hat, gestützt auf Artikel 51 des Bundesgesetzes vom 19. April 1978 über die Berufsbildung (SR 412.10) und Artikel 45 Absatz 2 der zugehörigen Verordnung vom 7. November 1979 (SR 412.101), den Entwurf der Änderung der Artikel 6, 20, 21, 25 (*neu*) und 28 des Reglementes über die höhere Fachprüfung für Treuhandexperten eingereicht.

Interessenten können die Entwürfe bei der folgenden Amtsstelle beziehen: Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Abteilung Berufsbildung, Bundesgasse 8, 3003 Bern.

Einsprachen sind innert 30 Tagen dieser Amtsstelle zu unterbreiten.

27. März 1990

Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
Abteilung Berufsbildung

Zusicherung von Bundesbeiträgen an Bodenverbesserungen
und landwirtschaftliche Hochbauten

Verfügungen des Eidgenössischen
Volkswirtschaftsdepartementes

- Gemeinde Gadmen BE, Güterzusammenlegung
Grundsatzverfügung,
Projekt-Nr. BE6388

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Verfügung kann nach Massgabe von Artikel 68 der Bodenverbesserungs-Verordnung (SR 913.1), 44ff. des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren (SR 172.021), 12 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (SR 451) und 14 des Bundesgesetzes über Fuss- und Wanderwege (SR 704) innert 30 Tagen seit der Veröffentlichung im Bundesblatt beim Bundesrat Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Eingabe ist im Doppel einzureichen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift des Beschwerdeführers oder seines Vertreters zu enthalten.

Wer zur Beschwerde berechtigt ist, kann innerhalb der Beschwerdefrist beim Eidgenössischen Meliorationsamt, Mattenhofstrasse 5, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (Tel. 031 61 26 55) Einsicht in die Verfügungen und die Projektunterlagen nehmen.

Verfügungen des Eidgenössischen Meliorationsamtes

- Gemeinde Rüderswil BE, Düngeranlage Unterfrittenbach,
Projekt-Nr. BE7415
- Gemeinde Trub BE, Düngeranlage Gfääl,
Projekt-Nr. BE7414
- Gemeinde Langnau BE, Düngeranlage ober Habegg,
Projekt-Nr. BE7413
- Gemeinde Konolfingen BE, Düngeranlage Kehr,
Projekt-Nr. BE7412
- Gemeinde St. Gallenkappel SG, Düngeranlage Widen,
Projekt-Nr. SG4494
- Gemeinde Krummenau SG, Düngeranlage Müliweg,
Projekt-Nr. SG4492
- Gemeinde Goldingen SG, Düngeranlage Tann,
Projekt-Nr. SG4493
- Gemeinde Niederbüren SG, Düngeranlage Schoos,
Projekt-Nr. SG4495

- Gemeinde Goldingen SG, Düngeranlage Enetbach,
Projekt-Nr. SG4487
- Gemeinde Ernetschwil SG, Düngeranlage Ranzach,
Projekt-Nr. SG4488
- Gemeinde Hemberg SG, Düngeranlage Chrumis,
Projekt-Nr. SG4489
- Gemeinde Wildhaus SG, Düngeranlage Büel,
Projekt-Nr. SG4490
- Gemeinde Goldingen SG, Düngeranlage Echeltschwil,
Projekt-Nr. SG4491
- Gemeinde Medel Lucmagn GR, Gesamtmelioration
Medel Lucmagn, 7. Etappe,
Projekt-Nr. GR1447-7
- Gemeinde Donath GR, Wasserversorgung,
Projekt-Nr. GR3767RE01
- Gemeinde Rothenthurm SZ, Wiederherstellung Güterweg
Lützel matt-Tschübennell,
Projekt-Nr. SZ2236
- Gemeinde Gipf-Oberfrick AG, Düngeranlage Talhof 193,
Projekt-Nr. AG2771
- Gemeinde Baar ZG, Hofzufahrt Muserhof,
Projekt-Nr. ZG556
- Gemeinde Kappel am Albis ZH, Gebäuderationalisierung
Untere Weid,
Projekt-Nr. ZH3543
- Gemeinde Wald ZH, Gebäuderationalisierung Erli,
Projekt-Nr. ZH3371
- Gemeinde Fischenthal ZH, Gebäuderationalisierung
Vorder Lanzenmoos,
Projekt-Nr. ZH3376
- Gemeinde Hütten ZH, Gebäuderationalisierung
Unter Oerischwand,
Projekt-Nr. ZH3451
- Gemeinde Lauperswil BE, Gebäuderationalisierung
Ober Ryblenberg,
Projekt-Nr. BE7204
- Gemeinde Walkringen BE, Gebäuderationalisierung Widimatt,
Projekt-Nr. BE7133
- Gemeinde Längenbühl BE, Gebäuderationalisierung
Hirschigut,
Projekt-Nr. BE6663

- Gemeinde Niederbüren SG, Gebäuderationalisierung Bächigen, Projekt-Nr. SG4352
- Gemeinde St. Stephan BE, Gebäuderationalisierung Kähli, Projekt-Nr. BE6650
- Gemeinde Biel VS, Gebäuderationalisierung Fuhre, Projekt-Nr. VS3474
- Gemeinde Grengiols VS, Gebäuderationalisierung Viertel, Projekt-Nr. VS3476
- Gemeinde Filzbach GL, Alperschliessung Talalp-Habergschwänd, Projekt-Nr. GL966
- Gemeinde Wattwil SG, Weg Mittlerer Schönenberg, Projekt-Nr. SG4123

Rechtsmittel

Gegen diese Verfügungen kann nach Massgabe von Artikel 68 der Bodenverbesserungs-Verordnung (SR 913.1), 44ff. des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren (SR 172.021), 12 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (SR 451) und 14 des Bundesgesetzes über Fuss- und Wanderwege (SR 704) innert 30 Tagen seit der Veröffentlichung im Bundesblatt beim Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Eingabe ist im Doppel einzureichen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift des Beschwerdeführers oder seines Vertreters zu enthalten.

Wer zur Beschwerde berechtigt ist, kann innerhalb der Beschwerdefrist beim Eidgenössischen Meliorationsamt, Mattenhofstrasse 5, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (Tel. 031 61 26 55) Einsicht in die Verfügungen und die Projektunterlagen nehmen.

27. März 1990

Eidgenössisches
Meliorationsamt

Gesuche für Rundfunk-Versuche

27. Nachtrag vom 27. März 1990

Demandes de concessions pour des essais locaux de radiodiffusion

27^e supplément du 27 mars 1990

Domande per prove locali di radiodiffusione

27^o supplemento del 27 marzo 1990

A. Gesuche Demandes Domande

1. Besondere Rundfunkdienste
Prestations particulières de radiodiffusion
Prestazioni particolari di radiodiffusione

B. Einsichtnahme und Äusserungsrecht Droit de consulter les dossiers et de se prononcer Esame della documentazione e diritto di pronunciarsi

1. Einsichtnahme in Gesuchsunterlagen
Consultation des dossiers
Esame della documentazione relativa alla domanda
2. Äusserungsrecht
Droit de se prononcer
Diritto di pronunciarsi

Diese Veröffentlichung nach Artikel 30 Absatz 1 der Verordnung über lokale Rundfunk-Versuche (RVO) ist aufgrund der Angaben der Gesuchsteller zusammengestellt.

La présente publication répond à l'article 30, 1^{er} alinéa, de l'ordonnance sur les essais locaux de radiodiffusion (OER) et réunit les indications fournies par les requérants.

La presente pubblicazione è redatta, conformemente all'articolo 30 capoverso 1 dell'ordinanza sulle prove locali di radiodiffusione (OPR) in base ai dati forniti dai richiedenti.

A. Gesuche

Demandes

Domande

1. Besondere Rundfunkdienste

Prestations particulières de radiodiffusion

Prestazioni particolari di radiodiffusione

Gesuch Nr. 1069 LO-NA TV, Bildschirmtext in Muri b. Bern

1. Gesuchsteller: LO-NA Lokal-Nachrichten Muri AG (Aktionäre: Stämpfli & Cie AG, Bern; Mäder Offsetdruck AG, Gümligen)
2. Aktivitäten im Medienbereich: Der Gesuchsteller gibt die Zeitung «Lokal-Nachrichten und Anzeiger für Muri und Gümligen» heraus. Die beiden Aktionäre sind Unternehmen der graphischen Branche. Die Stämpfli & Cie AG führt neben dem Druckereibetrieb einen eigenen Verlag, der namentlich auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft tätig ist.
3. Sitz des Veranstalters: Muri b. Bern
4. Im Versorgungsgebiet liegender Kanton: Bern
5. Umschreibung des Versorgungsgebietes: Muri b. Bern, Gümligen, Allmendingen
6. Organisation: Betriebsaktiengesellschaft
7. Voraussichtliche Investitionskosten: Keine; die erforderlichen technischen Einrichtungen sind bei der Kabelfernsehanlage vorhanden
8. Voraussichtliche jährliche Betriebskosten: Fr. 15 000.–
9. Vorgesehene Finanzierung: Gebühren

Zusammenfassung des Gesuches

(Text des Gesuchstellers)

Auf dem Informationskanal der Kabelfernsehanlage der Einwohnergemeinde Muri b. Bern sollen durch die private Aktiengesellschaft LO-NA Lokal-Nachrichten Muri AG, Muri b. Bern, aktuelle Meldungen der Behörden, Verwaltung, Ortsvereine, Ortsparteien und Kirchgemeinden von Muri b. Bern, welche dem lokalen Informationsbedürfnis dienen, verbreitet werden.

Die technischen Anlagen sind vorhanden.

Die Versuchsdauer ist unbefristet. Der Informationsdienst soll als feste Dienstleistung der Gemeinschaftsantennenanlage rund um die Uhr betrieben werden.

Die Organisation, der Betrieb, das Finanz- und das Beschwerdewesen werden von der LO-NA Lokal-Nachrichten Muri AG geregelt.

B. Einsichtnahme und Äusserungsrecht

Droit de consulter les dossiers et de se prononcer

Esame della documentazione e diritto di pronunciarsi

1. Einsichtnahme in Gesuchsunterlagen

In die Gesuchsunterlagen kann beim

Radio- und Fernsehdienst
Generalsekretariat EVED (GS EVED)
Bahnhofplatz 10B, 2. Stock
3003 Bern

Einsicht genommen werden.

2. Äusserungsrecht

Aufgrund von Artikel 30 Absatz 4 der Verordnung vom 7. Juni 1982¹⁾ über lokale Rundfunk-Versuche (RVO) kann sich jedermann, der im vorgesehenen Versorgungsgebiet eines Gesuchstellers Wohnsitz oder Sitz hat, innert 30 Tagen nach dieser Veröffentlichung im Bundesblatt schriftlich zum Gesuch bzw. den Gesuchen äussern.

Allfällige Äusserungen sind einzureichen an:

Generalsekretariat EVED
3003 Bern

1. Consultation des dossiers

Les documents remis à l'appui de la demande peuvent être consultés à l'adresse ci-après:

Secrétariat général du DFTCE
Service de la radio et de la télévision
Bahnhofplatz 10B, 2^e étage
3003 Berne

2. Droit de se prononcer

Conformément à l'article 30, 4^e alinéa, de l'ordonnance du 7 juin 1982¹⁾ sur les essais locaux de radio-diffusion (OER), quiconque est domicilié ou

¹⁾ SR/RS 784.401

a son siège dans la zone de diffusion peut, dans les trente jours à compter de la publication dans la Feuille fédérale, se prononcer par écrit sur les demandes.

Les interventions seront adressées au

Secrétariat général du DFTCE
3003 Berne

1. **Esame della documentazione relativa alla domanda**

Può essere esaminata la documentazione presso il

Servizio Radio e Televisione
Segretariato generale DFTCE (SG DFTCE)
Bahnhofplatz 10B, 2° piano
3003 Berna

2. **Diritto di pronunciarsi**

L'articolo 30 capoverso 4 dell'ordinanza del 7 giugno 1982¹⁾ sulle prove locali di radiodiffusione (OPR), prevede che chiunque sia domiciliato o abbia la sede nella zona destinataria possa pronunciarsi per scritto sulla domanda, risp. sulle domande, entro trenta giorni dalla pubblicazione nel Foglio federale.

Eventuali osservazioni saranno inoltrate al:

Segretariato generale DFTCE
3003 Berna

27. März 1990	Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement
27 mars 1990	Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie
27 marzo 1990	Dipartimento federale dei trasporti, delle comunicazioni e delle energie

9007

¹⁾ RS 784.401

Genehmigung der Flugpläne der Linienverkehrsunternehmen mit Flugbewegungen zur Nachtzeit auf den Flughäfen Zürich oder Genf-Cointrin¹⁾

vom 26. März 1990

Gestützt auf den Artikel 30 des Bundesgesetzes vom 21. Dezember 1948²⁾ über die Luftfahrt sowie die Artikel 95 Absatz 1 und 107 Absatz 1 der Verordnung vom 14. November 1973³⁾ über die Luftfahrt hat das Bundesamt für Zivilluftfahrt die Sommerflugpläne (25. März bis 27. Oktober 1990) genehmigt, welche Flugbewegungen zur Nachtzeit (22.01 bis 05.59 Uhr) auf den Flughäfen Zürich oder Genf-Cointrin enthalten.

Rechtsmittel

Wer nach Artikel 48 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1968⁴⁾ über das Verwaltungsverfahren zur Beschwerde berechtigt ist, kann diese Verfügung durch Beschwerde an das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement, 3003 Bern, anfechten. Die Beschwerdeschrift ist im Doppel innert 30 Tagen seit dieser Veröffentlichung einzureichen und hat die Begehren und deren Begründung zu enthalten.

Einer allfälligen Beschwerde wird die aufschiebende Wirkung gestützt auf Artikel 55. Absatz 2 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren entzogen.

26. März 1990

Bundesamt für Zivilluftfahrt
Der Direktor: Neuenschwander

3786

¹⁾ Die Verzeichnisse der Linienflugbewegungen von 22.01 bis 05.59 Uhr sind beim Bundesamt für Zivilluftfahrt, 3003 Bern, oder bei den Direktionen der Flughäfen Zürich, 8058 Zürich, und Genf-Cointrin, 1215 Genf, erhältlich.

²⁾ SR 748.0

³⁾ SR 748.01

⁴⁾ SR 172.021

Bekanntmachungen der Departemente und Ämter

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	12
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.03.1990
Date	
Data	
Seite	1551-1573
Page	
Pagina	
Ref. No	10 051 372

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.